

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Jahr 2010 ist seit Jahren in aller Munde.  
Im März 2003 ist es quasi getauft worden.  
Die Agenda 2010 wurde verkündet und damit auch die kleine Schwester – die Hartz  
Gesetze angekündigt.  
Einen Geburtstag den wir als Gewerkschafter nicht feiern können.

Arbeit entsteht nicht weil sie billig ist.  
Die Arbeitslosen fordern und die Unternehmen fördern und das nicht nur mit  
Wohlwollen  
Diese Politik ist gescheitert.

Die Zahl der Arbeitslosen wurde nicht halbiert.  
Die Vollbeschäftigung ist nicht da  
Auch der Weg dahin ist selbst ohne Weltwirtschaftskrise nicht zu sehen.  
Aber die Umverteilung im Lande hat ungeahnte Ausmaße angenommen.

Rund die Hälfte aller Beschäftigten verdient heute nicht einmal so viel wie Anfang der  
90er Jahre  
Das ist nicht nur ein lohnpolitischer Skandal sondern gleichzeitig ein  
wirtschaftspolitisches Desaster.  
Aber auch das Ergebnis neoliberaler Politik verschiedener Bundesregierungen.

Daher heißt für uns das Ziel 2010  
Arbeitsplatzsicherung und Lohnerhöhungen  
Und das gilt auch und gerade für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst.  
480 Stellen sollen in den nächsten 5 Jahren bei der Stadt abgebaut werden – und  
das ohne diese sogenannte maßlose Lohnforderung von Verdi.

Wer soll bitteschön die Produkte kaufen, wer soll Dienstleistungen nutzen  
Und warum sollen Güter und Dienstleistungen produziert werden wenn sie nicht  
verkauft werden können und der Finanzmarkt bessere Profite verspricht.

2009 gab es für die Bochumer 3 Wahlen  
Neben der Kommunalwahl die im Ergebnis hoffen lässt  
Auch Wahlen zum  
Europaparlament und Bundestag  
Die Ergebnisse machen uns Gewerkschafter nicht zufrieden  
Sie fordern uns eher heraus.

Während wir sicher sein können, dass die amtierenden Regierungsparteien im Bund  
und Land keinerlei Gewähr für eine Politik im Interesse der Menschen bietet, machen  
uns aber auch die Aktivitäten der Opposition nicht unbedingt Mut.

Nur zwei Beispiele:

Wachstumsbeschleunigungsgesetz und Steuererleichterungen

Ein Arbeitnehmer mit 5.000 € Brutto, Steuerklasse 1 ohne Kinder hat 130 € mehr

5.000 € Brutto, Steuerklasse 3 mit Kindern hat 45 € mehr

3.000 € Brutto Steuerklasse 1 ohne Kinder hat 10 € mehr

3.000 € Brutto Steuerklasse 3 mit Kindern hat 10 € weniger

Gleichzeitig:

Eine Kindergeldpolitik, die den gut, und noch viel besser Verdienenden zu Gute kommt und die Hartz IV Empfänger im Regen stehen lässt.

Hier liegen keine Optionen für die Zukunft

Hier entwickeln sich weitere Probleme

Und die müssen wir ansprechen nicht zuletzt im Landtagswahlkampf.

Das Jahr 2009 war geprägt vom Kampf um Arbeitsplätze und die Sicherung von Beschäftigung

Nicht nur bei Opel – auch bei tausenden von Beschäftigten herrscht die Angst vor dem Jobverlust – sie sind in Kurzarbeit.

Und dieser Kampf geht 2010 weiter

Prekäre Beschäftigung breitet sich aus.

Leiharbeit – es geht um mehr als nur um Schlecker auch in Bochum

Es muss Schluss sein mit der Umwidmung von Arbeitsverhältnissen

Und der Umdeutung von Leiharbeit.

Allenthalben wird uns suggeriert: Leiharbeit als (Wieder)einstieg.

Basis war: Die Abdeckung von Auftragsspitzen.

Und da wir gerade bei prekärer Arbeit sind

*ILO Übereinkommen über Zwangs- und Pflichtarbeit von 1930*

*Artikel 2*

*„Als Zwangs- und Pflichtarbeit im Sinne dieses Übereinkommens gilt jede Art von Arbeit .... Die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird....“*

Es lohnt sich im Zusammenhang mit der Diskussion um die sogenannten 1 € Jobs dieses Übereinkommen in Erinnerung zu rufen.

Thema Finanzpolitik in Stadt und Land

Wie Mehltau liegt dieses Thema über fast allen Debatten

Kein Geld – zu wenig Geld

Mit Arroganz und ohne Verantwortung hat der amtierende Regierungspräsident und damit der Vertreter der Landesregierung Herr Diegel jüngst seine Vorstellungen in einem Interview dargelegt.

*Diegel will, dass Städte ihre Standards senken.  
„... Wie arbeitet die Verwaltung? Sie muss durchforstet und reduziert werden.  
Wir wissen aber alle, dass die Sparleistungen alleine auf diese Weise nicht erreicht  
werden können. Wer die Standards nicht senken will, der wird auch nicht unser  
Partner“*

Angesichts der Herausforderungen durch Demografie und der Dimension des Problems der öffentlichen Haushalte ein bemerkenswerter Satz.

Herr Diegel hier können und müssen sie mit heftigem Widerstand rechnen.  
Was er hier zum Besten gibt, ist eine außergewöhnliche Dimension des Realitätsverlustes  
Schon im vergangenen Jahr sind die Gewerbesteuern eingebrochen.  
Gleichzeitig wachsen die Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslosigkeit.  
Und 2010 sieht es gleichermaßen finster aus.

Gleichzeitig wurde die Schuldenbremse beschlossen.

Konkret:

Nachdem Bund und Land versucht haben die Kommunen umzubringen  
Wird jetzt mit aller Kraft daran gearbeitet sie zum freiwilligen Suizid zu treiben.

Die Finanzsituation wird in Jahren nicht besser daher brauchen wir:

1. Analyse der Situation sowie Gründe und Zustände
2. Beschreibung der Perspektiven „Wo wollen wir hin in Bochum als attraktive Stadt für Menschen und Wirtschaft“
3. Beschreibung der Schritte in einem Masterplan unter Einbeziehung der Menschen in dieser Stadt.

Die Erhöhung der Grundsteuer B mag im Moment ein Notnagel sein, den die Kommunalpolitik nutzt um ein kleines Loch zu stopfen. Mit der Folge das die Mieten in der Stadt steigen.

Die Tränenliste hat in vielen Punkten ähnliche Konsequenzen für die Bürger. Das Leben wird teurer und unattraktiver.

Nützen wird es nichts.

Die Kommunen brauchen verlässliche Einnahmen.

Und hier ist das Land gefordert.

Im Jahr der Landtagswahl gibt es weitere Themen die uns Gewerkschaften bewegen.

Wir brauchen ein zeitgemäßes LPersVG

Und wir brauchen ein Vergabegesetz, dass Tarifstandards sichern.

Kommunale Betriebe müssen sich entfalten können. Der § 104 der Gemeindeordnung muss wieder geändert werden.

Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft  
Bessere Bildung ist auf die Schule zu übertragen  
Auch hier ist es notwendig eine Politik durchzusetzen, die soziale und ethnische  
Selektion aufzuheben und gleiche Bedingungen für alle zu schaffen  
Wir brauchen eine Schule für alle mit gebundener Ganztagsbetreuung  
Der Zugang zur Bildung muss kostenlos sein  
Und das bedeutet auch  
Weg mit den Studiengebühren.

Elektromobilität für Bochum soll nur als Schlagwort diesen für zukunftsfähige  
Arbeitsplätze nicht nur bei Opel.

Und zum Schluss

Wer in der Lage ist 480 Milliarden zur Rettung der Banken zur Verfügung zu stellen,  
muss jetzt Verantwortung für die Sicherung der Lebens und Arbeitsbedingungen der  
Menschen übernehmen.

Wenn das Land die Verantwortung für die Gemeinden nicht freiwillig übernimmt,  
müssen wir unserer Forderung im Wahlkampf Nachdruck verleihen.

Und ganz zum Schluss noch eine Bitte:

An die Linke, an euch persönlich.

Ihr fechtet gerade einen Streit aus  
Fundamentalisten und Realos (Kommt mir bekannt vor von den Grünen)

Ich sage euch eins:

Die Menschen wollen Veränderungen im Land.

Schaut euch die Umfragewerte an.

Man darf nicht nur politikfähig sein  
Streitbar seid ihr ja

Man muss auch regierungsfähig sein.

Auf Dauer ist Opposition Mist

Die Wähler erwarten das von euch.